



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Ein preußischer Diplomat.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Ein preussischer Diplomat.

Aus Dänemark. Bornholm und die Bornholmer. Dr. Sören Kierkegaard: Wider die dänische Staatskirche; mit einem Hinblick auf Preußen. Von R. Duehl, königl. preuß. Generalconsul für die dänische Monarchie etc. Mit drei Abbildungen und einer Karte. Berlin, Decker. —

„Weit entfernt,“ sagt Herr Ryno Duehl in der Vorrede S. 37, „sich für einen würdigen Repräsentanten seiner Nation auszugeben, erklärt der Verfasser dennoch ganz rückhaltlos etc.“ — Da Bescheidenheit auch für den Staatsmann eine Tugend ist, der man nicht entgegenarbeiten soll, so wollen wir diese Selbstkritik nicht bestreiten. — Der Verfasser hält sich in seiner amtlichen Stellung für vorzugsweise geeignet, zwischen den Dänen und Preußen ein Verständniß anzubahnen. So weit sich das darauf beschränkt, den blinden Nationalhaß zu bekämpfen, stimmen wir mit dieser Tendenz vollkommen überein. Auch wir haben mehre liebenswürdige Dänen kennen gelernt, und die Gerechtigkeit auch gegen einen Feind zwingt uns zuzugestehen, daß das dänische Volk im Kriege im Ganzen sich tüchtig und brav benommen hat. Gern wollen wir zugeben, daß in den politischen Einrichtungen Dänemarks vieles ist, was Preußen wol nachahmen könnte, und dazu rechnen wir mit dem Verfasser die religiöse Toleranz und einzelne demokratische Einrichtungen. Wenn dagegen gesagt wird, die dänische Frage sei praktisch gelöst worden, der preussische Staat hätte nicht das geringste Interesse, nach der Trennung Holsteins von Dänemark zu streben, und die dänische Regierung verdiene keinen Vorwurf, wenn sie in den Herzogthümern „in eindringlichster Weise auf Reformen hinarbeite, die sie im Interesse dieses Landes für nothwendig oder wünschenswerth hält;“ so können wir dieser höhern Staatsweisheit nicht folgen. Man wird uns ferner erlassen, die Empfindungen zu schildern, welche die weitere Motivirung der dänischen Reformen in uns erregt. „Eine solche Masse von ritterschaftlichen Autoritäten, von Vermengungen zwischen Verwaltung und Justiz, von Usancen und Observanzen, ständischer Gliederung und Ausschließlichkeit: daß die Verehrer der Grundzüge der conservativen Politik nur nach Holstein zu reisen brauchten, um eine Verwirklichung ihres christlichen Staates zu sehen daß bei aller Abneigung der Holsteiner, sich einer dänischen Reichsrathmajorität untergeordnet zu sehen, die Fortdauer solcher Zustände in den Wünschen der Mehrheit der holsteinischen Bevölkerung liegen sollte, darf bezweifelt werden.“ — Daß ein preussischer Generalconsul so etwas darf drucken lassen, ist viel. Freilich läßt er noch anderes drucken, was auch ziemlich auffällig ist, z. B. S. 333. „Wir haben sicherlich keine zu kleine Meinung von der Macht Preußens und keine zu große von derjenigen Oestreichs,

— aber das ist uns gewiß: ein Friedrich II. auf dem Kaiserthron in den letzten Jahren, und unsere Feodalchristen wären Schlessen wie die Rheinprovinzen wieder los geworden, und hätten auf das alte und wahre Preußen die Verwirklichung ihrer alleinseligmachenden Theorien beschränken können.“ — Wir nehmen Act von dieser Erklärung der ehemaligen Centralstelle. — Der Haupttheil des Buchs, die Reise nach Bornholm, ist sehr lesbar und unterhaltend geschrieben. Kundige haben uns versichert, daß die Beschreibung ein sehr scharfes, richtig beobachtendes Auge verräth. Das Interessanteste waren uns aber die politischen Excurse. In der Einleitung rühmt sich der Verfasser, gleich nach dem Staatsstreich in mehren Broschüren, die damals viel Anstoß erregten, den Bonapartismus vertheidigt zu haben. — Aber wenn die Regierung des Kaiser Napoleon seit der Zeit sich nützlich gezeigt und viele Anhänger gewonnen hat, so reicht das noch nicht aus, um jenes Urtheil über ein historisches Factum nachträglich zu legitimiren. — Wichtiger ist die Besprechung des Streits zwischen Stahl und Bunsen. Herr Duehl nimmt nicht bloß den letztern in Schutz, sondern er geht weiter. „Für Bunsen und seine Freunde bleibt keine Wahl: entweder sie fallen mit ihrer halben religiösen Freiheit der scharfen Dialektik Stahls ein wohlgefälliges Opfer, ohne aufrichtige und starke Sympathien der öffentlichen Meinung, oder sie stellen sich auf den Standpunkt der ganzen religiösen Freiheit, die von keiner Dialektik zersezt und auf die Dauer einem christlichen Volk nicht vorenthalten werden kann.“ (S. 327.) Sehr bemerkenswerth ist die scharfe Sprache gegen Stahl. Der Verfasser zeigt, daß dieser nicht das Recht hat, nach subjectivem Ermessen zu bestimmen, wer ein Christ sei und wer nicht; um so weniger, da er die gesammten Gebildeten als ungläubig bezeichnet. Er zeigt, daß der weltliche Schutz, den die stahlsche Kirche beansprucht, noch bedenklicher ist, als die katholische Hierarchie; er zeigt, daß die confessionelle Herrschaft im Staat am Ende gar zu einer allgemeinen Einführung der irvingianischen Sekte führen würde. In Beziehung auf diese macht er folgende Bemerkung (S. 321.): „Was uns die ganze Sache nicht wenig bedenklich macht, das ist grade die politisch-religiöse Stellung angesehener Irvingianer in Preußen, das sind die polizeilichen Begünstigungen, deren sich diese Sekte dort zu erfreuen hat, obschon wir es, trotz der sonstigen Zuverlässigkeit der Personen, von denen wir diese Mittheilung haben, doch für nicht wahr zu halten vermögen, daß die Emissäre dieser Sekte ein Recht gehabt hätten, sich in Kopenhagen auf die besondere Begünstigung zu beziehen, deren sich die Sekte von höchst hervorragenden Personen im preussischen Kirchenregimente zu erfreuen hätte.“ Er macht Stahl darauf aufmerksam, daß er erst in reiferen Jahren von auswärts nach Preußen gekommen ist, und die Nation selbst wirklich kennen zu lernen nur eine sehr unvollkommene Gelegenheit gehabt hat. Er spricht sich entschieden für die religiöse

Selbstregierung der Gemeinden aus, wobei er die Gemeinden nicht, wie Stahl, mit den Geistlichen identificirt. Er erinnert daran, daß die Beaufsichtigung des Staats so weit ging, daß selbst vom berliner Polizeipräsidentium das eingereichte Statut einer jüdischen Gemeinde censirt wurde. „Hier dürfen selbst der vollsten Zustimmung des Herrn Stahl zu begegnen alle diejenigen hoffen, die bei aller Hochachtung vor dem berliner Polizeipräsidentium, bei der aufrichtigsten Bewunderung der polizeilichen Talente seiner Organe und der guten Eigenschaften ihres Chefs, diese Behörde zwar für sehr wohl geeignet halten, Reglements aller anderen Art (für die verschiedenartigsten nützlichen und unnützlichen Vereine, für Droschkenkutscher, Bordelle u. s. w.) zu erlassen, daß sie aber vielleicht eben wegen dieser Vielseitigkeit weder befugt, noch geschickt sei, die Statuten einer religiösen Gemeinde zu revidiren und endgiltig zu genehmigen.“ — Diese Bemerkung gibt dem Verfasser Gelegenheit zu einem weitem Excurs. Er bespricht nämlich das bekannte Duell, welches vor einigen Wochen Berlin in eine Aufregung versetzte, wie sie seit den Zeiten von 1849 nicht wieder vorgekommen war. Das hitzige Fieber, welches damals die Berliner ergriff, machte jeden des Junkerthums verdächtig, der nicht fest davon überzeugt war, Herr v. Hinkeldey sei als ein Märtyrer der Freiheit gefallen. Wir haben schon damals unsere entgegenstehende Ansicht ausgesprochen, wir freuen uns, in dem vorliegenden Buch eine ähnliche und diesmal aus entschuldener Sachkenntniß hervorgehende Schilderung anzutreffen. Herr Duell setzt auseinander, daß, wenn man die Gegner des Junkerthums unter einen Parteibegriff zusammenfaßt, der Gefallene in keiner Weise als der Träger dieser Partei betrachtet werden kann. „Welche Abweichung auch unter diesen Gegnern insonderheit in Bezug auf die Formenfrage Statt finden mag, ob die einen ehrliche Absolutisten, die anderen ehrliche Anhänger einer constitutionellen Verfassung sind, alle sind darüber einig: daß der König und das Gesetz in Preußen für alle Staatsangehörigen die höchste Autorität sein und bleiben sollen — daß die Bestimmungen der Verfassungsurkunde und einzelner Gesetze nicht durch mehr oder weniger kühne und glückliche Auslegungen im Interesse einer Partei benutzt werden dürfen — daß die religiöse Freiheit eine wesentliche Forderung der bürgerlichen ist — daß die persönlichen Rechte der Staatsbürger wie die Rechte der Communen einen starken Schutz gegen die Uebergriffe der Polizeigewalt behalten oder bekommen sollen. Nun fragen wir alle Welt, mit welchem Rechte Herr von Hinkeldey als Träger und Vorkämpfer solcher Principien bezeichnet werden kann?! Daraus, daß das Gefühl des Widerwillens gegen polizeiliche Allgewalt überhaupt oder gegen die Art und Weise, wie der Verstorbene in seiner Stellung und seinem Einflusse sich behaupten sollte, ihm unter den Anhängern der Junkerpartei viele persönliche Gegner schuf — daraus, daß Herr von Hinkeldey seinen Unwillen über den

Widerstand, den er auf jener Seite fand, sehr häufig in der ihm eigenthümlichen kräftigen Weise Luft machte, — daraus, daß die Gutmüthigkeit dieses Mannes und sein natürliches Gerechtigkeitsgefühl ihn auch bei andern Parteien das Gute anerkennen ließ, und daß seine Klugheit die politisch und moralisch verschiedenartigsten Personen und ihr Interesse für seine Zwecke zu benutzen verstand — aus dem allen ihn zu einem Träger eines großen politischen Principes zu machen, das könnte doch nur das Werk einer viel größeren Begriffsverwirrung sein.“ Er setzt ferner auseinander, daß der Verstorbene ebensowenig für einen hervorragenden Repräsentanten der alten regelrechten preussischen Bureaucratie angesehen werden kann, und fügt zum Schluß eine Bemerkung hinzu, der wir die allgemeinste Aufmerksamkeit wünschten, da man in unsrer Zeit so sehr geneigt ist, den Erfolg über die Grundsätze zu stellen. „Wir sind weit entfernt, die Vorzüglichkeit der Einrichtungen zu bestreiten, welche die Stadt Berlin dem organisatorischen Talente und einer nicht genug zu bewundernden Thätigkeit des Verstorbenen verdankt. Aber wahres und bleibendes Verdienst erwirbt man sich doch nur um eine Bürgerschaft, wenn man den Gemeinfinn, die Liebe zum Recht, den Sinn für Sparsamkeit ohne Engherzigkeit, die Genügsamkeit und die Bürgertugend in ihr fördert, und das kann wieder nur geschehen, wenn man eine ganz unbedingte Achtung vor den Rechten und Befugnissen ihrer Vertreter hat und jeden Druck von Oben und jedes andere nicht streng der Sache entsprechende Mittel vermeidet, um die städtischen Behörden und Vertreter zu Ausgaben und Einrichtungen zu nöthigen, die sie zu der Zeit und in der Form in ihrem Gewissen nicht gerechtfertigt finden konnten.“ — Diese und ähnliche treffende Bemerkungen erregen in uns den Wunsch und die Hoffnung, daß es Herrn Duehl vergönnt sein möge, durch sorgfältigere Studien, als er bisher gemacht, sich eine klare politische Stellung zu erwerben und seine zweifelhaften Ansprüche an den Dank Preußens durch solidere und bleibendere zu ergänzen. —

Correspondenzen.

Aus Frankfurt a. M., im Mai. — Obwol hier eine ganze Armee von Literaten vom Handwerk lebt, oder vielmehr weil dem so ist, gelangt aus diesem Mittelpunkt Deutschlands fast nichts von allem in die Oeffentlichkeit, wodurch er seine eigentliche Wichtigkeit hat. So pflegt man bisher in Deutschland kaum die Namen der verschiedenen Bundestagsgesandten zu kennen, vielweniger kümmert man sich um ihren persönlichen und politischen Charakter, ihren Lebenslauf, ihre Verdienste, ihre Geschäftserfahrung; als wäre der Bundestag von keiner Bedeutung für Deutschland, als wäre es für die einzelnen Bundesstaaten ganz gleichgiltig, durch wen sie an demselben vertreten würden.